Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 407

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 15. September

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6280
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Friedensverhandlungen der Sowjetrepublik

Auch mit der Ukraine

w. Moskau, 14. September.

Funkspruch. Der polnische Minister des Aeußern hat dem Volkskommissar Tschitscherin durch Funkspruch mitgeteilt, daß Andree Liwickij, der Vorsitzende der ukrainischen diplomatischen Mission in Polen, ihm den Vorschlag mache, Friedensverhandlungen zwischen der Friedensdelegation der sozialistisch-föderalistischen Sowjetrepublik Rußland und der Delegation der Regierung der demokratischen Republik der Ukraine in Riga zu eröffnen.

w. Moskau, 14. September.

Die rumänische Regierung hat auf den neuen Friedensvorschlag der Sowjetregierung geantwortet, daß auch sie die Herstellung friedlicher freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wünsche und in kurzer Zeit ihre Vorschläge über die Bedingungen eines Uebereinkommens mitteilen werde.

w. Moskau, 14. September.

Dem Geschäftsträger Persiens in London Ghaffar Khan ist mitgeteilt worden, daß man der angekündigten Ankunft des Gesandten Mechar-Saltanek mit großer Genugtuung entgegensehe. Die russische Sowjetregierung versichert erneut, daß sie sich nie in die inneren Kämpfe Persiens einmischen werde. Gegenteilige Behauptungen müßten auf Mißverständnissen oder Böswilligkeit beruhen.

b. Karlsruhe, 10. September.

Die „Baseler Nationalzeitung" meldet, daß die amerikanische Note an Frankreich und England, in welcher Bessarabien bei Rußland gelassen wird, in Bukarest außerordentlich verstimmt habe. Die Blätter erinnern daran, daß Bessarabien laut dem Londoner Vertrag Rußland zuerteilt sei, und erhoffen von England und Frankreich, daß die beiden Staaten auf ihrem Standpunkt bestehen bleiben werden.

Ein russischer Winterfeldzug?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Helsingfors, 14. September.

Nach den hier vorliegenden Nachrichten aus Moskau ist Trotzki im Begriff, einen Winterfeldzug großen Stils gegen Polen einzuleiten. Er stellt bereits neue Heere an der Beresina und dem oberen Dnjepr auf. Wie weiter mitgeteilt wird, soll sich Trotzki zurzeit auf litauischem Gebiete befinden. Am Sonntag war er in der von den Bolschewisten besetzten Stadt Lida eingetroffen. Man gibt der Ansicht Ausdruck, daß sein Besuch an der Front mit der geplanten neuen Offensive gegen Polen zusammenhängt.

w. Paris, 14. September.

Dem „Matin" zufolge sprach der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Harry, den Wunsch aus, nach Frankreich zurückzukehren. Er wird durch General Niessel ersetzt werden.

Englands Bruch mit Rußland

Zur Abreise der Delegation.

w. Amsterdam, 14. September.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, hat das englische Unterhausmitglied Kenworthy der „Times" die Abschrift eines Briefes zugestellt, den er von Kamenew vor dessen Abreise aus London erhalten hat. Kamenew beklagt sich in diesem Briefe, daß Lloyd George den Abbruch der Verhandlungen durch Beschuldigungen gegen Kamenew als Vertreter der Sowjetregierung markiert hat. Kamenew schreibt: „Ich kam nach England mit der Absicht, im Interesse der Arbeiter aller Länder Frieden mit dem britischen Reiche zu schließen. Ich bin bitter enttäuscht, daß die britische Regierung nicht den Mut gehabt hat, offen ihre veränderte Haltung zu bekennen und daß sie den Abbruch der politischen Verhandlungen durch unfaire Beschuldigungen bemäntelt."

w. London, 14. September.

„Evening Standard" meldet, daß die Abreise Kamenews die Folge der zweideutigen Haltung von Litwinow sei, der sein Bestes getan habe, um die Verhandlungen Kamenews und Krassins unmöglich zu machen. Litwinow habe mit gewissen Arbeiterführern verhandelt, während Krassin und Kamenew ihr Versprechen hielten, keine Propaganda zu machen.

w. London, 14. September.

„Daily Chronicle" schreibt zum Briefe Kamenews, es sei bemerkenswert, daß die Hoffnungen des Premierministers auf die Wiedereröffnung des Handels als Mittel zum Frieden und Regelung der osteuropäischen Frage wohl von Italien, nicht aber von der französischen Regierung geteilt werden, und daß diese Frage eine der schwersten in den Beratungen zwischen den drei Ministerpräsidenten wäre.

Italiens Stellung zur Polenfrage

b. Rom, 14. September.

Aus Aix-les-Bains wird ergänzend gemeldet: Millerand und Giolitti sind über die Polenfrage durchaus einig. Frankreich wird die Polen veranlassen, Rußland keine allzu harten Bedingungen zu stellen. Polen scheine auch geneigt, darauf einzugehen. Hinsichtlich Rußlands wurde eine Einigung erzielt, da Giolitti die Anknüpfung der Beziehungen wünscht. Millerand sie jedoch entschieden ablehnt. Dagegen wurde über den Versailler Vertrag eine Einigung erzielt. Da Millerand erklärte, Frankreich sei keineswegs von Radikalen erfüllt und wolle lediglich Gerechtigkeit. Deutschland habe durch seine Grausamkeit eine strenge Strafe verdient. Sollte der Versailler Vertrag ins Wanken kommen, so wäre auch der Vertrag von Saint Germain verloren. Auf Giolittis Bitte, den Vertrag von Versailles wenigstens mit Mäßigung anzuwenden, erwiderte Millerand, Deutschland solle auch seinerseits dem Vertrage mit Loyalität nachkommen. In der Adriafrage verpflichtete sich Millerand, auf die Jugoslawen versöhnend einzuwirken, die Verständigung mit Italien zu erleichtern. Millerand erklärte auch, daß das italienisch-französische Handelsabkommen von 1917, das im Jahre 1919 den italienischen Export nach Frankreich auf eine Milliarde anwachsen ließ, bestehen bleibe.

Die Kommentare der italienischen Presse über die Begegnung von Aix-les-Bains klingen reserviert. „Giornale d'Italia" schreibt, es habe von Aix-les-Bains nicht viel erwartet. Immerhin müsse man gewisse Erklärungen Millerands wirtschaftlicher Natur mit Befriedigung aufnehmen. So sei die Frage, ob Frankreich die Zustimmung Italiens zur Durchführung des Versailler Vertrages durch entschiedene Beeinflussung der Jugoslawen kompensieren werde. „Tribuna" äußert, Italien werde erst dann die Adriafrage wirklich lösen, wenn es imstande sei, zur Selbsthilfe zu greifen. „Giornale d'Italia" erhofft von der Zusammenkunft wenig Ersprießliches. Frankreich wolle, daß Italien seine antideutsche Politik unterstütze, aber Italien habe keine Lust, Henkersknecht gegen Deutschland zu spielen oder Rußland zu ignorieren.

Neue Zusammenstöße in Italien

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Basel, 14. September.

Die hiesige „Nationalzeitung" meldet aus Rom:

Giolitti hat der Polizei und dem Armeekorps neue Verfügungen erteilt, um die weitere Ausdehnung der Unruhen und Zusammenstöße und Blutvergießen zu vermeiden. Der Ministerpräsident empfiehlt darin gründlichste Mäßigung gegenüber den Arbeitern, selbst im Falle der Ausgebung von Waffen. Alle Unruhestifter müssen verhaftet werden.

In Turin haben neuerlich Straßenkämpfe stattgefunden. Vor den Champagne-Werken fanden Gefechte statt, wobei mehrere Personen getötet wurden. Die Arbeiter haben die Fabriken geräumt, nachdem das Militär mit Artillerie auffuhr. Weiter berichtet die „Stefani", daß die Züge von Rom nach Mailand durch radikale Arbeiterausschüsse angehalten und auf Truppen untersucht worden seien. Polizeimannschaften, die sich im Zuge befanden, wurden von dem Eisenbahnpersonal gewaltsam entfernt.

Millerand über den Aufschub der Genfer Konferenz

b. Paris, 14. September.

Der „Matin" berichtet über die Genfer Konferenz u. a. noch, Millerand habe beim Empfang der Pressevertreter auf die Frage, ob hier aufgeschoben aufgehoben bedeute, erwidert: Das weiß ich nicht. Nur soviel kann ich sagen, daß wir, Delacroix und ich, in unserem Plan, den wir Lloyd George und Giolitti vorlegten, angeregt haben, alle Fragen bezüglich der Entschädigung von dem Wiedergutmachungsausschuß nach einem neuen schleunigen Arbeitsplan lösen zu lassen. Lloyd George hat nicht die Zeit zur Antwort gefunden. Auf eine weitere Frage, wie Giolitti sich zu dem Projekt stelle, habe Millerand kategorisch erklärt: Giolitti hat nicht die geringsten Einwendungen erhoben.

Ueber die Frage von Fiume berichtet der „Matin": Sie sei in der letzten Zeit wesentlich geklärt worden. Die Proklamierung von Fiume zum unabhängigen Staat befriedige sowohl Italien wie Jugoslawien und Fiume selbst.

b. Paris, 13. September.

Aus den Mitteilungen der französischen Blätter über die Vereinbarungen zwischen Millerand und Giolitti ist noch hervorzuheben, daß Frankreich sich verpflichtet hat, die Eisenbahn von Nizza nach Coni auszubauen. Außerdem erhält Italien zunächst 66 000 Tonnen der früheren österreichischen und serbischen Kriegsflotte. Aber diese Zugeständnisse werden nur unter einer Bedingung gegeben, die wieder auf Kosten Deutschlands geht. Denn Italien kommt erst in den Genuß dieser Zugeständnisse, wenn die Schiffe, welche Deutschland für die Entente baut, Frankreich als Kompensationen übertragen werden. Man liest zwischen den Zeilen der Pariser Blätter eine gewisse Nervosität in bezug auf die Stellung, die England zu all den Vereinbarungen in Aix les Bains einnehmen wird.

*

b. London, 14. September.

Das Reutersche Büro erklärt, daß Leon Bourgeois Vorsitzender der Versammlung des Völkerbundes sein wird, die am Donnerstag in Paris zusammentritt. England ist durch den Lebensmittelminister Fisher vertreten. Neben dem polnisch-litauischen Konflikt und dem Bericht der internationalen Juristenkommission über die Alandsinseln steht auf der Tagesordnung die Frage von Eupen und Malmedy. Man erwartet aber, daß der Bericht über die Alandsinseln in dieser Sitzung nicht zur Sprache kommen wird, sondern in der vom 20. Oktober in Brüssel. Für Schweden gehen nach Paris Branting, Bonnevier, Mark und d. Wärtmberg, für Finnland Donner, Enckell und Ingmann, die finnischen Gesandten in London, Paris und Kopenhagen.

w. Paris, 14. September.

Wie die Blätter melden, erklärte gestern Giolitti Vertretern der Presse, daß Deutschland zum Völkerbund zugelassen werden solle, wenn es den Willen, den Friedensvertrag auszuführen, zum Ausdruck bringe. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern sei, könne allein von Deutschland ab.

Groß-Berlins Geburtswehen

Am 1. Oktober soll die Einheitsgemeinde Groß-Berlin ins Leben treten, und gewisse Unverbesserliche, denen der Rekord das Höchste ist, sind stolz, daß diese Riesengroßstadt in einer Beziehung alle anderen, selbst London und New-York übertrifft: in der Ausdehnung ihres Weichbildes. Leider ist zu fürchten, daß in anderen wichtigeren Fragen die deutsche Reichshauptstadt noch eine Rekordleistung aufstellen wird — in der Frage, welche Großstadt am ungeniertesten von einer Parteiflique ausgebeutet wird. Die Verhältniswahlen haben den Unabhängigen Sozialdemokraten zwar noch nicht die Mehrheit gebracht, wohl aber in Verbindung mit den Mehrheitssozialdemokraten. Und diese sonst so feindlichen Brüder sind darin einig, daß diese ihre Macht schonungslos ausgenutzt werden muß. Eine solche Gelegenheit, dem „korrupten Bürgertum" die Bedeutung der „schaffenden Stände", der schwieligen Faust des Proletariats vor Augen zu führen, findet sich nicht gleich wieder. Um im Magistrat ganz unter sich zu sein, setzt man sich keck über die immer noch geltende Städteordnung hinweg, die verlangt, daß der Magistrat aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern besteht. Nach dem Verhältniswahlsystem wäre da vielleicht sogar ein Deutschnationaler hineingekommen. Dem wurde vorgebeugt dadurch, daß alle 30 Stellen besoldet sein sollen. Einige Fachdezernenten, wie den Baurat Hoffmann, den bekannten Architekten, und den Kämmerer, übernahm man notgedrungen doch. desgleichen den Oberbürgermeister Wermuth, der nichts dabei findet, ein Amt anzunehmen, das ihm die Unabhängigen seiner unbedingten Willfährigkeit halber gönnen. Man will übrigens wissen, daß Wermuth bald dem Dr. Weyl Platz machen wird, da er auf eine sehr viel höhere Stellung hofft, die höchste, die das deutsche Volk durch Wahl zu vergeben hat. Aber auch alle anderen Stellen nahmen die Unabhängigen in Beschlag, es sei denn, daß sie jetzt doch noch den Mehrheitssozialisten einige Sitze abtreten. Noch sind die Namen ihrer Kandidaten nur vorläufig bekanntgegeben, darunter finden wir jenen Genossen Eichhorn, der als Berliner Polizeipräsident in Berlin den Januarputsch 1919 organisierte und sich dann lange verborgen halten mußte, wir finden jenen Bankbeamten Emmendts, bekannt aus dem großen Streik der Bankbeamten, wir finden viele Namen, die außerhalb den Kreisen der U. S. P. D. niemand kennt und von deren Trägern man allenfalls weiß, daß sie den Kommunisten bedenklich nahestehen. Das ist der weise Senat, der die Geschicke der Hauptstadt der deutschen Republik lenken soll! Während diese Männer noch im Halbdunkel bleiben, ist der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt um den Stadtschulrat. Von bürgerlicher Seite fand man, daß ein solcher zu wenig sei. Wie kann der die Leitung der höheren Schulen, der Volksschulen und der Fachschulen zu gleicher Zeit bewältigen? Aber die Vortei des Dr. Weyl zog einen einzigen Schulrat vor, da ihr am meisten an dem einheitlichen Geist in der Schulverwaltung gelegen war, und ihr Kandidat ist Dr. Löwenstein. Niemand außer diesen engen Kreisen hatte je seinen Namen gehört. Nur weiß man so viel, daß er der Verfasser einiger völlig konfuser pädagogischer Schriften ist, aus denen aber sehr klar eine Forderung hervorleuchtet, die Entfernung des Christentums aus der Schule. Dr. Löwenstein ist 35 Jahre alt, hat nur das Doktorexamen, nicht aber das Staatsexamen gemacht, niemals an einer Schule unterrichtet und ist auch nie im Schulverwaltungsdienst tätig gewesen. Er hat sich nur schriftstellerisch mit Schulfragen beschäftigt und das unabhängige Schulprogramm ausgearbeitet. Dem sozialistischen Geist entsprechend, hatte man vor einiger Zeit an einem städtischen Gymnasium den wunderlichen Versuch gemacht, den Schülern statt des Religionsunterrichts vergleichende Religionskunde beizubringen. Man führt ihnen also auch ägyptische, persische, chinesische Religion neben Judentum, Islam, Buddhismus und auch Christentum vor, wir dürfen wohl annehmen, um ihnen alle Religion zu verekeln und sie zum eines denkenden Proletariers einzig würdigen Materialismus oder, wie man jetzt sagt, Monismus zu bekehren. Dieser Versuch zeigt die Klique des Löwen oder vielmehr des Löwenstein, an dem ein Adolf Hoffmann, der für seine Person auf einen Sitz im Magistrat verzichtet hat, innige Freude haben muß. Weniger Freude aber hat er an einer Schädigung seiner kurzen Ministerherrlichkeit. den Elternräten. Denn diese in ihrer übergroßen Mehrzahl wollen von jenem neumodischen Reformator nichts wissen, sie verlangen einen tüchtigen Schulmann, dem nicht alles Alterprobte fluchwürdig ist. Und wenn die Sozialdemokraten sich auf ihre Ueberzahl im Stadthause berufen und daher einen Schulrat ihrer Vorstellungen verlangen, so stellen die Elternräte ihnen den Satz gegenüber, daß in dieser Frage eben die Stimmen der Eltern den Ausschlag zu geben haben, und daß die Hunderttausende der jungen und unverheirateten Wähler und Wählerinnen hier nicht in Betracht kommen können.

So kündigt sich bereits das Unwetter an, das die Gründung von Groß-Berlin begleiten und die junge Gemeinde schwer erschüttern wird, die schon an finanziellen Sorgen allein schwer genug zu tragen hätte. Um diese Lasten zu vermindern, wäre es ein Gebot der Klugheit gewesen, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009151-18/fragment/page=0001

alten Beamten möglichst in die neue Verwaltung hinüberzunehmen, anstatt ihnen Ruhegehälter zu zahlen, die oft die Höhe des vollen Gehalts erreichen. Aber alle solche Erwägungen versagten gegenüber dem Drange der Genossen zur Macht. In der Ausbeutung tun sie sich auch nicht den leisesten Zwang an. Hier ist nicht sowohl Moskau ihr Vorbild, sondern das New-York der Tammany Hall.

Selbst das Judentum bläst ab!

Niemand wird bestreiten können, daß man im Judentum einen außerordentlich feinen Instinkt für das taktisch Zweckmäßige besitzt. Das zeigt sich auch jetzt wieder im Falle Löwenstein. Nachdem das Judentum gesehen hat, welcher ungeheure Sturm der Entrüstung durch den Versuch entfacht worden ist, der Viermillionenstadt Groß-Berlin einen jüdischen Nichtfachmann als Oberschulrat aufzuzwingen, tritt eines der maßgebenden Organe der jüdischen Nation, die „Jüdische Rundschau", gegen die Wahl Dr. Löwensteins auf. Der hier zu Tage tretende Versuch, wieder ein großes Gebiet deutscher Geisteskultur jüdischer Leitung zu unterstellen, hat die Bestrebungen auf Beherrschung des deutschen Volkes auch gar zu offensichtlich enthüllt, als daß davon nicht Rückschläge für die jüdische Nation zu besorgen wären. Aus dieser Erwägung heraus rät deshalb die „Jüdische Rundschau" von der Aufrechterhaltung der Kandidatur Dr. Löwensteins ab. Sie schreibt: „Wir halten die Absicht, Herrn Dr. Löwenstein der Elternschaft als Stadtschulrat aufzuzwingen, für politisch verkehrt. Vor allem aber glauben wir, daß dem deutschen Judentum mit dieser Wahl ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird . . ."

Wenn weiterhin die „Jüdische Rundschau" die Wahl Dr. Löwensteins, falls sie doch endgültig erfolgen sollte, dadurch in einem mäderen Lichte erscheinen lassen will, daß sie hervorhebt, Dr. Löwenstein sei „heute nicht mehr Jude", sondern Dissident, so liegt hier einer der bekannten jüdischen Verschleierungsversuche vor, der gegenwärtig, nach der erfolgreichen Aufklärungsarbeit der deutschvölkischen Verbände, nur noch als angemein plump bezeichnet werden kann. So wenig der Chinese zu einem Bayern wird, wenn er seine ursprüngliche Religion ablegt und zur katholischen Kirche übertritt, so wenig verliert auch der Jude seinen jüdischen Nationalcharakter, wenn er statt der mosaischen Religion das Christentum oder den Buddhismus wählt. Denn Judentum ist Rasse, Nationalität, nicht aber Religion. Wir müssen sagen, daß uns das Judentum nicht sympathischer werden kann, wenn es sich bemüht, sein Volkstum zu verdunkeln und zu verleugnen. Wie wir diejenigen Deutschen verachten, die deutsches Nationalgefühl und deutsche Nationalehre hinter Internationalität, Kosmopolitismus, Weltbürgertum, Völkerverbrüderung und ähnlichen Schlagworten zurückstellen, so können wir auch nur diejenigen Juden achten, die sich mit ihrem Volkstum nicht verkriechen, sondern sich aufrecht als Juden bekennen und stolz auf ihr Judentum sind — daneben aber immer bedenken und danach handeln, daß im deutschen Reichsgebiet kaum ein Prozent jüdische Volksgenossen leben. Würde Letzteres geschehen, dann dürfte es in Deutschland bald eine „Judenfrage" und damit „Antisemitismus" nicht mehr geben. Die „Jüdische Rundschau" aber handelt in der Löwenstein-Affäre genau wie das „Berliner Tageblatt", dessen Bekenntnis bekanntlich lautete: „Es wird uns gewiß nicht leicht, uns der Opposition gegen Dr. Löwenstein anschließen zu müssen."

Die Dresdner Eisenbahner-Tagung

Dresden, 14. September.

Auf der gestern hier begonnenen außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärte der Vorsitzende Scheffel-Berlin bei Erörterung des wilden Streiks in Berlin und des Frankfurter Generalstreiks, daß die Hetzerzentrale in Frankfurt a. M. sei, in deren Agitationsmethoden deutlich politische Ziele erkennbar wären. Weiterhin beschäftigte er sich mit den Munitions- und Truppentransporten der Entente. Er behauptete, daß die Regierung nicht mit dem nötigen Ernst vorgegangen sei und die Arbeiter ihre nationale Pflicht besser als die Regierung getan hätten. Die Arbeiter seien über das Ziel hinausgeschossen. Die internationalen Beziehungen zu den anderen Ländern würden sehr gepflegt. Man sei über die Verhältnisse im Auslande sehr gut unterrichtet. Der Deutsche Eisenbahnerverband habe sich an die internationale Transportarbeiter-Föderation angeschlossen und den Mitgliedsbeitrag von 40 000 Mark bereits abgesendet. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Der Mittellandkanal

Die Mittellinie in zweiter Lesung angenommen

w. Berlin, 14. September.

Der Mittellandkanal-Ausschuß der Preußischen Landesversammlung hat bei der zweiten Lesung die Mittellinie mit 19 gegen 4 Stimmen angenommen, ebenso wie in der ersten Lesung. Annahme fand auch ein Antrag, die Regierung solle Mittel zur Verfügung stellen für einen Anschlußkanal zur Saale bei Bernburg oder für eine andere wirtschaftliche und hinsichtlich des Kostenaufwandes gleichwertige Verbindung des Mittellandkanales mit dem Wirtschaftsgebiet der oberen Saale unter Benutzung der Elbe und der Saale.

Die Rüstung für die Abstimmung

b. Gleiwitz, 13. September.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß gegenwärtig im polnischen Heer sich meldende Freiwillige aus Oberschlesien nicht angenommen werden. Es wird ihnen durch die Agenten des Plebiszit-Kommissariats erklärt, das Vaterland verlange, daß alle oberschlesischen Bürger in ihrer Heimat bleiben und auf die Zeit des Plebiszits warten. Ihre Meldung zum Eintritt in das polnische Heer würde in keinem Falle angenommen werden. Personen, die in dieser Absicht die Grenze passieren, könnten sich nur unnötiger Verdrießlichkeiten und Enttäuschungen aussetzen.

Dagegen erklären polnische Agenten im Kreise Ratibor, daß **die von Polen in Oberschlesien besetzten Gebiete schon der polnischen Republik ohne Abstimmung einverleibt sind.**

Die Reichstagswahlen in Schweden

b. Stockholm, 13. September.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben bei den Reichstagswahlen die Konservativen 17 Mandate erhalten (6 gewonnen, 1 verloren). Die zwei Bauernorganisationen haben 8 Mandate erhalten (2 gewonnen). Die Liberalen haben 12 Mandate erhalten (2 gewonnen und 4 verloren). Die Sozialdemokraten haben 27 Sitze besetzt und 5 verloren.

Ein Erfolg der Iren

w. Paris, 14. September.

„Matin" meldet aus London: Die britische Regierung beschloß, ein neues Unterstaatssekretariat für Irland zu ernennen, das sich mit allen Fragen, die mit den 6 Grafschaften von Ulster zusammenhängen, beschäftigen soll.

Um den deutschen Uebersee-Funkverkehr

Die Verhandlungen mit den Franzosen.

w. Berlin, 14. September.

Infolge der Erklärung der in Berlin eingetroffenen Vertreter der französischen Funk-Gesellschaft, Compagnie Generale de Telegraphie sans Fil, Paris, daß sie sich auf Grund des Friedensvertrages und der 1912 mit der Hochfrequenz Maschinen A.-G. getroffenen Vereinbarung ab 7. September 1920 als Besitzer der deutschen Funkstation Eilvese betrachten, fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Bredow im Reichspostministerium Besprechungen mit den beteiligten Interessenten statt. Die Verhandlungen wurden auf beiden Seiten in entgegenkommendem Sinne geführt und ergaben nunmehr eine volle Verständigung über alle schwebenden Fragen. Die französische Gesellschaft verzichtete nicht nur auf die Uebernahme der deutschen Funkstation, sondern ermäßigte auch ihre anfangs gestellten Entschädigungsforderungen von 10 Millionen Mark schließlich auf etwa den dritten Teil und trat ihre gesamten Rechte ab. Die Funkstation Eilvese bleibt damit in deutschem Besitz und wird unter Aufsicht eines Reichskommissars von einer neu zu gründenden Eilvese G. m. b. H. verwertet werden, deren Gesellschaftskapital von der Aktiengesellschaft für drahtlosen Ueberseeverkehr (Nauen) und der Hochfrequenz Maschinen A.-G. aufgebracht worden ist. Die Forderung der Franzosen, eine Beteiligung von etwa 25 Proz. an der Station Eilvese zu erhalten, ist fallen gelassen worden. Bei Gelegenheit dieser Verhandlungen kam ferner eine Patent-Vereinbarung auf parität ischer Grundlage in der Weise zustande, daß die Deutschen gewisse französische Erfindungen in Deutschland und die Franzosen gewisse deutsche Erfindungen in Frankreich benutzen dürfen.

Die Verhandlungen mit der Hochfrequenz Maschinen A.-G. über die Vorgeschichte des Vertrages, der zu dem Aufsehen erregenden Vorgehen der Franzosen führte, ergaben, daß die Gesellschaft 1912, als sie der französischen Gesellschaft anläßlich des Verkaufs ihres Auslandspatentes das Recht auf die Uebernahme ihrer damaligen Versuchsanlage in Eilvese einräumte, noch nicht in einem Vertragsverhältnis zum Reiche gestanden hat. Die Gesellschaft war daher nicht verpflichtet, die Genehmigung der Reichs-Telegraphenverwaltung zum Abschluß des Vertrages einzuholen, sodaß ihr Vorgehen zu einer Beanstandung keine Veranlassung gibt.

Wer zahlt Millerands Rheinlandreise?

Aus Mainz wird der „Dena" geschrieben: „Der Besuch des französischen Ministerpräsidenten Millerand im besetzten Gebiet hat einen peinlichen Eindruck bei der deutschen Bevölkerung hinterlassen. Insbesondere hat der ungeheure Aufwand an äußeren Mitteln die in keinem Verhältnis zur Bedeutung dieser Reise stehen, in Mainz ein unbehagliches Gefühl erweckt. Selbst wenn man nur ein gut Teil des Pompes eben auf die Rechnung der Franzosen für derlei Sachen setzt, bleibt doch noch soviel übrig, daß man an einen Besuch einer höchststehenden Fürstlichkeit aus früheren Zeiten denken könnte. Ja, viele deutsche Fürsten hätten sich bescheidener verhalten. Was man nicht versteht an dem ganzen Vorgang, ist, daß Millerand, der der Zivilverwaltung angehört, überhaupt „Besichtigungsreisen" ins deutsche Gebiet zu machen hat. Man sucht in der Sache natürlich tiefere Gründe und bringt sie mit der alten französischen Rheinlandpolitik in Verbindung. Interessieren wird auch die Frage, wer die Kosten dieser Zivilreise des Herrn Millerand bezahlt, ob man sie wieder in Bausch und Bogen auf die große deutsche Rechnung schreibt, und ob man es der Oeffentlichkeit gegenüber verantworten kann, Foch mitreisen zu lassen. Man soll im unbesetzten Deutschland auf diese Momente ein aufmerksames Auge haben. Jedenfalls hat die Stadt Mainz schon morgens 7 Uhr Personal ihres Reinigungsamtes hergeben müssen, um die Einzugsstraßen mit Kies zu bestreuen, der nachher tagelang die Luft mit unerträglichem Staub erfüllte. Ferner hat die Straßenbahn stundenlang auf den Hauptlinien, die am meisten einbringen, und noch dazu über die verkehrsreichsten Stunden, wo die Störung am empfindlichsten war, den Verkehr über Gebühr lange stillegen müssen. Um 11 Uhr trafen Millerand und Foch ein. Nach 9 Uhr mußten bereits die Wagen aus den betreffenden Linien herausgezogen werden und konnten vor 8 Uhr keinen geregelten Verkehr aufnehmen. Wer entschädigt die Stadt Mainz für diesen erheblichen Schaden an Einnahmen? Wer kommt für die Kosten eines großen Tribünenhauses an der Stadthalle, wer für den ausgiebigen Salut bei Ankunft und Abfahrt, wer für die Luft- und Spazierfahrten von 1½ Dutzend Fliegern auf, um nur von einigen besonders in die Augen fallenden Momenten zu reden? Man macht sich in Frankreich darum keine Sorgen. Deutschland wird zahlen, und tut es das nicht, so besetzt man eben das Ruhrrevier."

Der Arbeitslosenrat ohne Arbeitslosenarbeit. Wie aus Berlin gemeldet wird, zogen gestern vormittag etwa 5000 demonstrierende Arbeitslose mit roten Fahnen zur Arbeitslosen-Fürsorgestelle in der Klosterstraße, forderten dort stürmisch die Besetzung des Arbeitslosenrates und vertrieben ihn schließlich gewaltsam aus seinen Diensträumen. Der Zug bewegte sich sodann zu den Werken der A.E.G. in der Brunnenstraße. Es mußten umfangreiche Absperrungen vorgenommen werden.

In der Maitäferkaserne in Berlin erfolgte beim Sortieren von Handgranaten eine Explosion, wodurch der Wachtmeister der Sicherheitspolizei Lippa getötet und der Unterwachtmeister Stengel verwundet wurde.

Der Schänder der Gruft Bismarcks vor dem Reichsgericht. Das Landgericht Altona hat seinerzeit neben anderen Angeklagten den Kutscher Alfred Trettow wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle in Tateinheit mit Grabschändung zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Angeklagten sind in der Nacht zum 21. März in das Erbbegräbnis der Familie Bismarck in Friedrichsruh eingebrochen. Dabei haben sie den Raum, der sich an denjenigen anschließt, in welchem die Särge des großen Kanzlers und seiner Gattin stehen, in schmählichster Weise verunreinigt. In der Besudelung des Mausoleums der Familie Bismarck hat das Gericht den Tatbestand des § 168 des St.-G.-B. — Verletzung des Schimpfenden Unfugs an einem Grabe — erblickt. Seit dem Bestehen des Strafgesetzbuches ist eine solche Tat bisher noch nicht verübt worden, und auch die Schöpfer des Strafgesetzbuches haben nicht daran gedacht, daß die völlig umschlossenen Räume eines Mausoleums zum Schauplatz einer solchen Schandtat gemacht werden könnten. Das Landgericht kam deshalb in die Lage, das Gesetz erweiternd auszulegen und nahm an, daß es dem Geiste des Gesetzes entspreche, wenn als Grab die sämtlichen miteinander zusammenhängenden Räume eines Mausoleums angesehen sind. Demnach konnte in der Besudelung des Vorraumes vor der Ruhestätte des Reichskanzlers und seiner Gattin ohne Bedenken das Delikt des § 168 gefunden werden. Gegen das Urteil hatte nur der obengenannte Angeklagte Revision eingelegt und in der Hauptsache Verkennung des § 168 gerügt. Der Reichsanwalt bemerkte, daß dem Reichsgericht bisher ein ähnlicher Fall noch nicht zur Entscheidung vorgelegen habe und beantragte Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht entsprach diesem Antrage.

Anna Nissens Traum

18] Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

Mike — weil man sie einmal im Keller beim Sahnenaschen ertappte, hieß sie im Hause unter den Leuten „Mike Schlick" — war ein bildhübsches Ding, dessen jubelnder Uebermut nicht auf die traurige, entbehrungsreiche Kindheit, die sie als Waise im Armenhause verlebte, schließen ließ. Frau Bartels hatte das lustige, frische Geschöpf sehr gern und hielt sie in manchen Stücken wie ihr eigenes Kind; auch Inge schloß sich merkwürdig innig an das junge Mädchen, das, noch selber Kind, bereitwillig auf seine Intentionen einging und gern mit ihm spielte. Und da Frau Bartels der jungen Waise eine besondere Fürsorge widmete, zog sie sie öfters in ihre Nähe und ließ sie anstatt bei den andern Mägden in einer Kammer neben ihrem eigenen Zimmer schlafen, damit sie sie immer unter Aufsicht hatte. Mike Schlick empfand diese Fürsorge freilich als keine große Annehmlichkeit. Sie durfte nie Sonntags tanzen gehen, sie hatte nie Zeit, „für sich" zu sein und sich zwischen den andern Dienstboten zu amüsieren.

Einmal überraschte Frau Karen ihren Mann, wie er Mike auf die frischen Wangen klopfte und ihr den Arm um die runde Taille legte. Mike war beim Tischdecken, und die Bäuerin kam mit Inge gerade ins Zimmer. Einen Moment stand sie still auf der Schwelle; dann geschah etwas völlig Unerwartetes, etwas so Fürchterliches, daß Inge vor Bestürzung Hören und Sehen verging . . . Sie hob die Hand, und klitsch, klatsch sausten rechts und links zwei gepfefferte Ohrfeigen, eine auf Lehnsmanns und eine auf Mikes Backe, nieder. Mike floh aufheulend durch die Tür, und der Lehnsmann suchte stumm, ohne ein Wort zu verlieren, gleichfalls den Ausgang . . .

„Schuft," sagte Frau Bartels. Es klang wie ein scharfer, kurzer Peitschenhieb. Inge setzte der Atem aus vor Angst . . . und sie wiederholte es, lauter, mit weißen, bebenden Lippen . . . „Schuft . . . nicht einmal das Waisenkind, das uns anvertraut ist . . . schäm' dich . . . pfui . . ."

Er war schon längst nicht mehr da, als sie noch auf dem Fleck stand und ihr weiter, starrer Blick an der Tür hing, hinter der er verschwunden war. Dann schlug sie die Hände vor das Gesicht, und hinter den blassen Händen hervor drang ein heiserer, gluckender Laut, der wie ein Aufschrei klang und sich in ein wildes Schluchzen verlor. Als sie sich umwandte, bemerkte sie Inge, der sich hinter der Gardine im Fensterwinkel verkrochen hatte und vor Aufregung und Schreck am ganzen Körper zitterte, und sie ging auf ihn zu und faßte ihn mit beiden Händen an den Schultern und sah ihm mit ihren heißen, nassen Augen in ihren gramverfinsterten Zügen fest in das blasse, verstörte Gesicht. „Junge, Junge — wenn du so würdest wie der, wenn ich das einmal an dir erleben müßte, lieber möchte unser Herrgott dich zu sich nehmen," sagte sie, ließ ihn los und ging weiter.

Inge klopfte das Herz im Halse. Obgleich seine kindliche Einfalt den Vorgang an sich nicht begriff, hatte er doch die Empfindung, daß etwas Entsetzliches im Hause umgehe. Und von dieser Stunde an hatte er das Vertrauen zu dem Vater verloren, der sich zweimal „Schuft" nennen ließ, ohne eine Silbe zu erwidern, und dessen Wesen einen so schuldbewußten Eindruck machte. Er wich ihm aus, wo er mit ihm zusammentraf, und da seine Unbefangenheit plötzlich einem spürsinnigen Mißtrauen gewichen war, gewann jede anzügliche, auf den Bauer gemünzte Bemerkung der Knechte, die er früher arglos überhört oder nicht verstanden hatte, eine beleidigende Bedeutung in seinem argwöhnischen Sinn. Es dauerte auch gar nicht mehr lange, bis er das Skelett im Hause erkannte. Mike wurde seit jenem Intermezzo von der Bäuerin mit einer an Härte grenzenden Strenge behandelt. Sie ließ sie fast nie aus den Augen — hielt sie immer mit Arbeiten im Atem und gewährte ihr nicht die kleinste Freiheit und Selbständigkeit. Anfangs lehnte Mike sich beharrlich und trotzig gegen das absolute Regiment der Hausfrau auf — als sie aber einsah, daß ihre Opposition nichts nützte und es sich schließlich auch ganz gut mit Frau Karen auskommen ließ, wenn man sie nur erst zu nehmen wußte, fügte sie sich und schuf sich allmählich eine Art Vertrauensstellung bei ihrer Herrin. Inge freilich wußte, daß Mike trotz aller Aufsicht die Mutter hintergingt, seine argwöhnischen Augen beobachteten mehr und genauer noch als die eifersuchtsgeschärften Blicke der Frau. Wiederholt bemerkte er, daß Mike sich von den Knechten karessieren ließ, und mehreremal überraschte er sie allein, in flüsterndem Zwiegespräch mit dem Vater; einmal sah er sogar, daß dieser ihr etwas zustecke — ein winziges Paketchen —, das sie in ihrer Kleidertasche verbarg. Um die Mutter nicht aufzuregen und keine neue Szene heraufzubeschwören, schwieg er, aber ein heftiger Groll und ein intensiver Widerwille gegen den Vater setzte sich schon in der Zeit in ihm fest. Das Elend der elterlichen Ehe entrollte sich ihm schon damals in seiner ganzen Tragik. Den Jahren nach noch ein Knabe, fühlte und litt er doch schon mit der Leidenschaftlichkeit eines Erwachsenen.

Mike Schlick war gerade drei Jahre im Hause, als Frau Bartels' Bruder starb und diese auf einige Tage nach Nordschleswig zur Beerdigung fuhr. Der Lehnsmann war aus irgendeinem Grunde verhindert, seine Frau zu begleiten. In der zweiten Nacht nach der Mutter Abreise wachte Inge von einem wüsten Lärm auf. Zuerst glaubte er geträumt zu haben; als er sich aber aufrichtete, unterschied er deutlich die leisere, polternde Stimme des Vaters und die hochgeschraubte, vor Aufregung entstellte der Mutter, die mitten in der Nacht zurückgekehrt sein mußte . . .

Inge vergaß nie in seinem Leben diese Nacht. Irgend etwas Furchtbares mußte sich zugetragen haben, denn laute Lärmszenen waren aufs Bartels' Hof sonst doch nicht an der Tagesordnung. Die phlegmatische Natur des Lehnsmannes haßte alle Aufregungen; lieber ging er seiner Wege und hielt sich — oft tagelang — dem Hofe fern, als daß er ihren nur allzu berechtigten Vorwürfen standhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009151-18/fragment/page=0002

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft

Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, Edler von [illegible], veröffentlicht über dieses Thema im letzten Hefte [illegible] Grenzboten" beachtenswerte Darlegungen. Mit vollem [illegible] betont er, daß wir seit Jahr und Tag von dem [illegible]kapital des Volksvermögens gelebt haben und daß eine [illegible]schaft, die fortlaufend steigende Verschuldung bringt, [illegible] weiter gehen kann; zugleich aber, daß „volle, rücksichts[illegible] Offenheit und Klarheit, nicht das Vertuschen und Ver[illegible]ern, das Quacksalbern mit kleinen Mitteln", die Vor[illegible]ung einer Besserung ist. Mit Nachdruck hebt er her[illegible] daß Deutschland der Sache nach „Bankerottwirtschaft im [illegible]mmsten Sinne", ja, nach den Begriffen des bürgerlichen [illegible]es betrügerischen Bankerott mit der nachrevolu[illegible]ären Finanz- und Wirtschaftspolitik treibt. Vor allem [illegible] Deutschland sich endlich in der Staatsverwaltung so [illegible]richten, wie es einem völlig verarmten Volke ziemt:

„Davor kann uns das Blendwerk der Erzbergerschen Steuer[illegible]gebung nicht schützen, die Einnahmen vorgaukelt, die [illegible] Dauerzustand nie zu erzielen sein würden, auch wenn [illegible]verall heute Steuerwilligkeit bestände, weil sie durch Ver[illegible]ung der Betriebsvermögen die solide Wirtschaft [illegible]elbst totschlägt und nur das Schiebertum leben läßt. [illegible]ten muß also vor allem entschlossen an die Umgestaltung [illegible]dieser Steuergesetze herangehen, die von Anfang an nichts als [illegible]ein Bluff waren, um auf dem Papier eine Bilanz her[illegible]stellen."

Neben dieser Wahrhaftigkeit gegenüber uns selber sei [illegible]er die gleiche Haltung auch gegen unsere Feinde not[illegible]endig:

„Ich sage mit Vorbedacht Feinde, weil ich den Vertrag von Versailles niemals als einen Friedensvertrag ansehen kann, sondern nur als ein Dokument der Sklaverei. Unsere Re[illegible]gierungen — und zwar die Fehrenbachsche ebenso wie die vor[illegible]hergehenden sozialdemokratischen Kanzlerschaften — können sich [illegible]nicht genugtun in Beteuerungen, daß sie den Vertrag von Ver[illegible]illes erfüllen wollen. Ich halte das nicht für un[illegible]ehrlich, sondern für töricht und würdelos. Der Ver[illegible]trag kann nicht erfüllt werden, weil er Unmögliches ver[illegible]langt.

Und selbst das an sich Mögliche könnte nur erreicht wer[illegible]den, wenn man das deutsche Volk in dauernder Schuldknecht[illegible]schaft hält. Kann eine deutsche Regierung ernsthaft erklären, [illegible]daß sie ihre Absicht ist? Eine Absicht, die sie doch nie ver[illegible]wirklichen könnte, weil sie in dem Moment eben aufhören würde, [illegible]Regierung zu sein? Nein, man muß endlich mit diesen [illegible]fiktionen, die man der Kriegspsychose unserer Gegner zuliebe [illegible]aufgerichtet hat, Schluß machen. Man muß in voller Offenheit [illegible] und Klarheit zum Ausdruck bringen, daß wir diesen Vertrag nicht erfüllen können.

Unter Bezugnahme auf das Zeugnis des Professors [illegible]Brauns, mit dem Herr von Braun als Vertreter der Re[illegible]gierungen in Spa und Brüssel oft verhandelte, bezeichnet er [illegible]den Vertrag von Versailles als eine „qualifizierte rechts[illegible]widrige Nötigung, weil sie sich gegen einen Vertragsteil [illegible]richtete, der sich im Vertrauen auf feierliche Abmachungen [illegible]Friedens gemacht hatte". Mit Recht fordert Herr von [illegible]Braun, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages weit [illegible]mehr bekannt werden müssen, um die Ueberzeugung von [illegible]einer sittlichen und wirtschaftlichen Unmöglichkeit allgemein [illegible]zum Durchbruch zu bringen. Er ist sich voll bewußt, daß [illegible]er heute wehrloser sind als am Tage von Versailles und [illegible]daß eine offene Erklärung der Unmöglichkeit, den Vertrag [illegible]zu erfüllen, eine Entschließung „von furchtbarster Verant[illegible]wortung sein würde:

„Aber die Geschicke der Völker spielen sich nicht in Monaten [illegible]und Jahren, sondern in Jahrhunderten ab, und man darf sich [illegible]bei solchen Entscheidungen nicht ausschließlich von den Sorgen [illegible]der nächsten Tage leiten lassen. Unser Wirtschaftsleben bricht [illegible]zusammen, wenn das Ruhrgebiet besetzt würde, das ist sicher. [illegible]Aber ebenso sicher ist, daß Deutschland sich nie wieder erheben [illegible]kann, wenn der Vertrag von Versailles ausgeführt wird."

Die Forderung, den Vertrag von Versailles so abzu[illegible]ändern, daß er wirtschaftlich für uns erträglich wird, setzt [illegible]freilich voraus, daß das deutsche Volk auch in der eigenen [illegible]Wirtschaft die Folgerungen aus der Lage zieht und nicht ein [illegible]Scheinleben weiterführt, das allem anderen eher als dem [illegible]Leben eines Verarmten gleicht. Unser Aufwand im öffent[illegible]lichen und privaten Leben stehe im schreienden Gegensatz zu [illegible]unserer wirklichen Lage und setze uns dem Vorwurfe unserer [illegible]Gegner aus, wir wollten uns absichtlich in die Unmöglichkeit [illegible]versetzen, unsere Schulden zu bezahlen. Das sei zwar im [illegible]Hinblick auf den Scheinwert des Papiergeldes, mit dem wir [illegible]unser Leben fristen, nur ein Trugschluß:

„Aber trotzdem müssen wir auch diesen Schein vermeiden, wenn wir unseren berechtigten Ansprüchen Gehör [illegible]verschaffen wollen. Und wir müssen vor allem auf ihn ver[illegible]zichten, wenn wir zur inneren Gesundung unserer [illegible]Wirtschaft kommen wollen."

Dafür die Wege zu finden, müßte die erste Aufgabe [illegible]aller wirtschaftlich Einsichtigen, vor allem des Reichs[illegible]wirtschaftsrates sein. Finanzkrise und Wirtschafts[illegible]krise seien so eng ursächlich verflochten, daß sie nur im Zu[illegible]sammenhange lösbar seien. Solange nicht unsere [illegible]Währung auf eine haltbare, unveränderliche Grundlage ge[illegible]stellt sei und der Staat sich ein Steuersystem schaffe, das [illegible]einen klaren Ueberblick der Belastung gestatte und den Be[illegible]trieben die Existenzmöglichkeit lasse, sei jeder Versuch einer [illegible]Sanierung unseres Wirtschaftslebens vergebens.

Zum Schluß wendet sich Herr von Braun gegen die [illegible]vorliegende Form des Reichsnotopfers, das mit Recht [illegible]als völliger volkswirtschaftlicher Fehlgriff bezeichnet wird.

Vertagung der Mietsteuerberatung. Von unterrichteter Seite erfahren die „B. P. N.": Die Beratung der von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegten Vorlage betreffend die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, sogenannte Mietsteuer wurde in den vereinigten Ausschüssen auf Antrag Preußens mit der Begründung vertagt, daß die Vorlage erst zusammen mit der noch zu erwartenden Vorlage betreffend die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietgesetz) zutreffend beurteilt werden könne. Beide Vorlagen werden also demnächst den Reichsrat gemeinsam beschäftigen. Inzwischen hat der gemischte Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates die Mietsteuervorlage mit einigen, deren Grundgedanken nicht berührenden Aenderungen einstimmig angenommen.

Der Bolschewismus, Illusion und Wirklichkeit. Ueber die Erfahrungen, die die mit größten Illusionen nach Rußland gewanderten sozialistischen Arbeiter in diesem Eldorado gemacht haben, schreibt Herr von Gerlach in der „Welt am Montag": „Eben sind 60 deutsche Arbeiter, die nach Rußland ausgewandert waren, wieder zurückgekehrt, weil sie es dort nicht aushalten konnten. Lauter ganz radikale Arbeiter, lauter Enthusiasten für den Bolschewismus — bis sie den Bolschewismus in Rußland kennen lernten! Von diesen 60 Arbeitern sollen ein oder zwei in jeder Versammlung sprechen, in der die Delegierten für Halle gewählt werden. Wenn die Unabhängigen Arbeiter diese Männer gehört haben, dann mögen sie sich schlüssig machen, ob es in Deutschland so werden soll, wie ihre Kollegen es in Rußland gefunden haben."

Vormarsch der Serben. Nach einer Havasmeldung aus Paris setzen die serbischen Truppen ihren Vormarsch in Albanien fort. Sie besetzten Sargire in der Richtung auf Tirana.

Zerreißung eines Riesenflosses. Das schon wiederholt in Zeitungen erwähnte Riesenholzfloß bestehend aus 180 000 Baumstämmen im Werte von 80 Millionen Mark, ist auf seinem Wege von Schweden nach Holland, geschleppt von einem Hamburger Dampfer, am Sonnabend bei dem in der Elbmündung herrschenden hohen Seegang auseinandergerissen und verloren gegangen. Große Mengen von treibenden Baumstämmen, zwischen denen die passierenden Dampfer viele Mühe hatten, sich hindurchzuwinden, sind auf der Insel Neuwerk und den umliegenden Ländern angetrieben. Weitere Mengen treiben im ganzen Küstengebiet umher, die eine große Gefahr für die Schiffahrt bilden.

Halle und Umgebung

Halle, 15 September.

— **Deutscher Arbeiterbund.** Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung hielt die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Arbeiterbundes am 13. September im neuen Vereinslokal „Stadt Dresden", Martinstraße, ab. Nach Eröffnung und Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden, Kollegen Hoffmann, wurde über die Aufnahmeanträge von 5 Kollegen Beschluß gefaßt. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Voigtländer das Wort zu einem Vortrag über „Sozialdemokratie und Sozialismus". Derselbe behandelte zunächst das Wesen der Partei nach den Grundlagen des von Karl Marx verfaßten kommunistischen Manifestes, wies an praktischen Beispielen die Schwierigkeiten der Sozialisierung nach und kam dann auf den „Kapitalismus" zu sprechen. Der Fehler der Sozialdemokratie sei, daß sie nicht in erster Linie den spekulativen, den wucherischen Kapitalismus bekämpfe, sondern vielmehr den arbeitenden Kapitalismus, der für die Arbeiterschaft Lohn und Brot schaffe. Die bürgerlichen Parteien seien auch nicht gegen eine vernünftige Sozialisierung, wie es doch gerade die alte bürgerliche Regierung, welche die Post und Eisenbahn sozialisiert, d. h. in den Besitz des Staates übergeführt und die Sozialversicherung gegen die Stimmen der Sozialisten geschaffen hat. Wir hatten in Deutschland unter monarchischer Leitung viel mehr Sozialismus als die sogenannten Demokratien des Westens. Schwierig ist nur die Frage, welche Betriebe sich für die Staatsbewirtschaftung eignen usw. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache. Die weiteren zur Tagesordnung stehenden Punkte: Beitritt zu einer Großeinkaufsgenossenschaft, Anträge für die Ende Oktober stattfindende Tagung des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften, Gründung einer Jugendabteilung wurden erledigt. Eine Anzahl von Anmeldungen zu der letzteren liegen bereits vor, weitere Meldungen werden in der Geschäftsstelle, Mittelstraße 20, Fernruf 3748, und von allen Mitgliedern entgegengenommen. Da wir im Besitz eines Spielplatzes, einer reichhaltigen Bibliothek, von Unterhaltungsspielen usw. sind, können wir den Erwartungen der jungen Leute in jeder Hinsicht Genüge leisten. Unter Werkstattangelegenheiten wurde über die Kontrolle der Verbandsbücher und den Zwangskauf von Betriebsrätemarken geflagt; alle Kollegen werden ersucht, diesen Unfug energisch zurückzuweisen. Zu welchem Zweck dienen denn diese Betriebsrätemarken? Die Kontrolle der Verbandsbücher wurde seinergeit vom Reichs- und Staatsminister Severing verboten, merkt's euch, Arbeiter! Zum Schluß sprach noch Kollege Hoffmann über die politische Lage. Es ist erfreulich, festzustellen, daß sich die vaterländische Arbeiterbewegung nach den Rückschlägen durch die Revolution und dem Streit der Internationalisten nun wieder erholt. Allerorten beginnen sich die Arbeiter wieder auf ihre Pflicht, und nur brutaler Zwang hält die „freien" Gewerkschaften und Partei noch einigermaßen zusammen. Die Enthüllungen über Räte-Rußland, die Behandlung Deutschlands durch die Entente-Demokraten und Sozialdemokraten werden hoffentlich auch den deutschen Arbeitern zeigen, daß ihr Platz und ihr Wohl nur innerhalb der nationalen Volksgemeinschaft ist. Gegen 1/12 Uhr wurde die sehr anregend und harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

— **Dem Vaterländischen Frauenverein Halle** ging die Mitteilung zu, daß von seinen Mitgliedern, die für ihre treue und unermüdliche Hilfe in den schweren Kriegsjahren zur Auszeichnung mit der Roten Kreuz-Medaille eingereicht worden waren, folgende Damen und Herren ausgezeichnet worden sind: Frau Bankdirektor Käthe Dan geb. Spieß, Frau verw. Marie v. Faber geb. v. Faber, Schwester Emilie Görg in Halle-Gimritz, Fräulein Gerda Heims, Sekretärin des Vaterländischen Frauenvereins, Frau Major Helene Jaeckel geb. Steckner, Frau Fabrikbesitzer Lotte Rabe geb. Steckner, Frau Bankier Margarete Steckner geb. Eickhoff, Frau verw. Agnes Werner geb. Wernicke, Frau Apotheker Anna Wiewiorowski geb. Berlangel, Fräulein Johanna Hoffmann, Hilfsschwester Martha Schlegel, Herr Dr. phil. Wolfgang Bath, Herr Oberpostschaffner Fritz Dietz, Herr Juwelier Walter Fleischhauer, Herr Pastor Dr. phil. Wilhelm Jenrich, Herr Medizinalrat Dr. med. Arno Peters.

— **Kein amerikanisches Mehl.** Gestern haben im Reichsernährungsministerium Verhandlungen wegen der Einfuhr amerikanischen Getreides oder Mehles stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Ernährungsministerium nach wie vor auf dem Standpunkt steht, eine Freigabe der Einfuhr des Getreides oder Mehles dürfe nicht stattfinden, und zwar mit der Begründung, daß dadurch die Zentralisierung der Erfassung und Verteilung des Brotmehles gestört würde. Das Ministerium hat sich jedoch bereit erklärt, wieder in Verhandlungen mit den Vertretern der Reichszentrale zu treten, sobald von seiten der amerikanischen Bäcker-Genossenschaften neue Unterlagen vorliegen, da das Angebot durch die ungünstiger gewordene Valuta inzwischen gegenstandslos geworden ist. Die nach Eingang der Unterlagen stattzufindenden Verhandlungen sollen unter Hinzuziehung des Reichsfinanzministeriums erfolgen.

An unsere Postbezieher

richten wir die Bitte, die Bezugsquittung, welche vom Briefträger in den nächsten Tagen vorgelegt wird, pünktlich einzulösen, damit in der regelmäßigen Zustellung der „Halleschen Zeitung" keine Unterbrechung eintritt. Der Bezugspreis beträgt wie bisher vierteljährlich Mk. 22.50 ohne Zustellgebühr.

Provinz Sachsen

Besteht noch eine großthüringische Gefahr?

Manche meinen, daß die Gefahr, daß preußische Gebietsteile in Thüringen einverleibt oder durch eine sogenannte Verwaltungsgemeinschaft an Thüringen angegliedert werden, infolge der amtlichen Erklärungen von Regierungsseite endgültig beseitigt ist. Dies trifft aber keineswegs zu. Wohl liegen amtliche Erklärungen der preußischen Regierung vor, wonach die betroffenen Landesteile vor einer Abtretung anzuhören sind. Wohl heißt es in Artikel 18, Abs. 4 der Reichsverfassung, daß bei Gebietsänderungen der Wille der Bevölkerung durch Abstimmung festzustellen ist. Aber nach Artikel 167 der Reichsverfassung tritt die Bestimmung erst 2 Jahre nach Verkündigung der Reichsverfassung in Kraft. Bis dahin kann die Reichsregierung durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz, oder wenn die unmittelbar beteiligten Länder durch Landesregierung und Landesvertretung zustimmen, sogar nur durch einfaches Reichsgesetz preußisches Gebiet zu dem neuen Thüringer Land hinzuschlagen. Das wäre der Gesinnung der Bevölkerung in den preußischen Exklaven und den preußischen Nachbargebieten geradezu entgegengehandelt. Sie hat das laut und deutlich immer wieder bekundet. Gleichwohl setzt die bei Gründung des thüringischen Staates eingesetzte Kommission, die mit dem Reiche wegen Angliederung preußischer Gebietsteile verhandeln soll, unverdrossen und unermüdlich ihre Arbeit fort, und so manche Vorkommnisse, als die Vereinigung des Regierungsbezirkes Erfurt mit Thüringen zu einem Wahlkreise, die Zuteilung der preußischen Exklaven zum Thüringer Finanzamt, die Wahrscheinlichkeit, daß die Thüringer Sicherheitspolizei auf die preußischen Exklaven ausgedehnt wird, und anderes, lassen befürchten, daß die Reichsregierung den Thüringer Wünschen zuneigt.

Preußen, das von jeher seine ganze Kraft für Deutschlands Wohl eingesetzt hat und kraftvoll an der Spitze des deutschen Reiches gewirkt hat, ist in schwerer Gefahr, zerrissen und dadurch zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt zu werden, ein Ziel von der Entente aufs innigste gewünscht. Es gilt für jeden Preußen, weiterhin treu und entschlossen auf dem Posten zu stehen.

Der neue Chef der Thüringer Polizei

Der Chef des Sicherheitswesens für Mecklenburg-Strelitz, Gendarmeriemajor Müller-Brandenburg, ist im Einvernehmen mit der Reichsregierung zum Kommandeur der Staatspolizei in Groß-Thüringen ernannt worden.

---

g. **Aus dem Saalkreise,** 14. Sept. (Letzter Erntesegen.) Immer leerer wird es auf den Feldern. Der Eintritt besserer Witterung hat es nun auch ermöglicht, daß der Rübensamen geborgen werden kann, dessen Trocknung lange Zeit auf sich warten ließ. Mit dem Roden der Kartoffeln ist auch schon vereinzelt begonnen worden, doch ist ein Ueberblick über den Ausfall der Kartoffelernte noch nicht vorhanden. Nach Einzelberichten hat doch die Trockenheit im Juli hier und da nachteilig auf die Entwicklung der Knollen gewirkt. Stellenweise wird über Engerlingfraß geklagt. In anderen Feldmarken, namentlich da, wo fremder Samen gepflanzt werden konnte, wird über eine ergiebige Kartoffelernte berichtet. Auch das Ausheben der Zuckerrüben wird nicht mehr lange auf sich warten lassen, da der Beginn der Arbeitsabschnitte der Zuckerfabriken meist schon auf die ersten Tage des Oktober festgelegt sind. Allgemein verspricht die Rübenernte keine ungünstigen Resultate. Auch der Fenchelschnitt wird in den wenigen Feldmarken, in denen diese Fruchtart angebaut wird, in den nächsten Tagen beginnen, nachdem das Einsammeln der zuerst reifen Dolden schon vorausgegangen war.

1. **Burg,** 14. Sept. (Abgelehnter Schadenersatz.) Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die Ersatzleistung der Stadt für die Explosionsschäden, die sich noch Schätzung auf etwa 4 Millionen Mark belaufen, ab. Die Geschädigten sollen das Reich verklagen. — Für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Burg wurden 5000 Mark bewilligt.

Tk. **Naumburg,** 14. Sept. (Ausgrabungen.) Auf Veranlassung des Provinzialmuseums in Halle wurden in den letzten Wochen hier im Buchholze Ausgrabungen vorgenommen, wobei bisher ein vorgeschichtlicher Grabhügel freigelegt wurde. Vorläufig sind die Arbeiten jetzt abgebrochen, da erst noch Verhandlungen mit dem hiesigen Magistrat nötig sind, auf dessen Boden gegraben wird.

△ **Weimar,** 13. Sept. (Die Tagung des Verbandes der Baugenossenschaften Deutschlands) hat am 11. d. M. unter erheblicher Teilnahme der Genossenschaftsdelegierten stattgefunden. In dem Verbandsbericht wird darauf hingewiesen, daß Bauland ausreichend zur Verfügung gestanden hat. Beim Wohnungsbau ist hervorzuheben, daß weit mehr Klein- als Großwohnungen gebaut worden sind. Nach Mitteilungen des Verbandsrevisors Schröder-Merseburg stehen den Baugenossenschaften erhebliche flüssige Mittel zur Verfügung; erwünscht ist eine baldige und gründliche Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Höchstmieten. Stadtrat Balle-Halle a. S. weist darauf hin, daß durch Streiks und Steigerung aller Materialpreise die Bautätigkeit außerordentlich erschwert worden ist. Gleichwohl sei man vielfach, u. a. in Halle, gänzlich ohne die unbedingt zu vermeidenden Bau-Ersatzstoffe — zu dem aber die Lehmstampfbauten nicht zu rechnen sind — ausgekommen. Hervorragend war in Anbetracht aller Hindernisse die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung. In der Aussprache wird vielfach betont, daß von einer erhöhten Kostipieligkeit der Einfamilienhäuser gegenüber anderen Bauten nicht die Rede sein könne. Eisenbahndirektor Bosch bemerkt, daß der Vater aller Hindernisse und vor allem der Teuerung des Materials in der Hauptsache im Kohlenmangel und ihren gestiegenen Preisen zu suchen ist. In seinem Referat über die Bedeutung der Steuergesetzgebung für die Baugenossenschaften wies Rechtsanwalt Crecelius-Berlin darauf hin, daß die Stellung der Gesetzgebung gegenüber den Baugenossenschaften eine verhältnismäßig günstige, jedenfalls keine feindselige sei; von der Mietsteuer verspricht sich Redner nicht viel. Wünsche Ewert ist die Einführung einer Junggesellensteuer. Was die Mietsberechnung betrifft, so war man fast durchweg der Auffassung, daß die gesetzlich normierten Höchstmieten bei weitem noch nicht den Aufwendungen des Bauunternehmers bzw. Hausbesitzers genügen.

Tk. **Weimar,** 14. Sept. (Die theologische Kandidatenprüfung) findet am 18. Oktober und den folgenden Tagen im evangelischen Gemeindehause in Weimar statt.

— **Leipzig,** 14. Sept. (Ein festes Zirkusgebäude für Leipzig.) Der bekannte Zirkusdirektor Stosch-Sarrasani hat den Rat der Stadt Leipzig gebeten, ihm Land an der Frankfurter Straße, etwa ein 14 000 Quadratmeter großes Gelände südwestlich des Meßplatzes, zur Errichtung eines festen Zirkusgebäudes auf zehn Jahre zu verpachten. Der Rat hat keine Bedenken gehabt, dem Plane förderlich zu sein, weil es in Leipzig an einer Halle fehlt, die so große Massen zu fassen vermöchte, wie der geplante Zirkusneubau, und weil das Unternehmen eine bedeutende Steuerkraft darstellen würde. Die Stadtverordneten werden dem Ratsbeschluß zweifellos zustimmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009151-18/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Ein Beispiel planmäßiger Sozialisierung

Nach § 1 des Gesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist das Reichsgebiet bis zum 1. Oktober in Bezirke einzuteilen, die sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern sollen. Für diese Bezirke sind unter Führung des Reichs Körperschaften zu bilden, in denen die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind. Aus dieser Bestimmung ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller der Elektrizitätsversorgung eines bestimmten Gebietes dienenden Anlagen und zwar vor den Grundlagen der Erzeugung bis zur Verteilung an die Konsumenten. Voraussetzung für den ungestörten Fortgang der Erzeugung von Elektrizität ist die Sicherstellung der benötigten Kraft, d. h. in erster Linie der Kohle. Lieferungsverträge, wie sie bisher die Regel waren bieten für sie nicht die erforderliche Garantie. Um die ihnen im Rahmen der Volkswirtschaft zugefallenen Aufgaben erfüllen zu können, sind die Elektrizitätswerke daher gezwungen, über den Abschluß von Lieferungsverträgen hinaus Maßnahmen zu ergreifen, durch die eine Sicherstellung des Kohlenbedarfs auf jeden Fall erreicht wird. Diese können der Natur der Sache nach nur in einer engen Verbindung mit den Kohlengruben liegen, durch die eine unmittelbare Verfügung über die Kohlenproduktion ermöglicht wird. Neben diesem Gesichtspunkte spielen noch eine sehr bedeutende Rolle die Rückwirkungen des Kohlendiktates von Spa, das eine viel stärkere Heranziehung der Braunkohle als bisher notwendig macht; deren Transport in der Form des Rohproduktes ist aber äußerst unwirtschaftlich, da die zur Erzeugung eines bestimmten Grades Energie notwendige Menge Braunkohle ungefähr vier bis fünfmal mehr Platz wegnimmt als die entsprechende Menge Steinkohle. Da auch die Verfeuerung der Rohbraunkohle Schwierigkeiten bereitet, müssen wir dahin kommen, nicht die Braunkohle selbst zu versenden, sondern sie in Form von Elektrizität zu verschicken, die in Werken gewonnen wird, die unmittelbar auf der Braunkohle errichtet sind.

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk steht nun ein Unternehmen vor der Durchführung, durch das der oben gekennzeichneten Erfordernissen Rechnung getragen werden soll. Es handelt sich um den Abschluß eines Betriebsgemeinschaftsvertrages auf 90 Jahre zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und der Roddergrube. Das R. W. E. hat auf der Roddergrube ein Elektrizitätswerk in Betrieb, welches mit einer Leistungsfähigkeit von 190 000 KW. das größte elektrische Kraftwerk Europas ist, und das mit 44 Kesseln von je 760 Quadratmeter Heizfläche einen Kohlenverbrauch von nicht weniger als 10 000 Tonnen täglich aufzuweisen hat. Einerseits dieser enormen Bedarf sicherzustellen und andererseits den geringmöglichsten Aufwand an Transport zu verursachen, ist der Zweck des Betriebsgemeinschaftsvertrages.

Gleichzeitig wurde — vielleicht unabsichtlich — der Gedanke einer Art vertikalen Sozialisierung — zum Unterschied von der in diesen Tagen vorgeschlagenen, den ganzen Bergbau ergreifenden horizontalen Sozialisierung — verwirklicht, durch die die Kohlennennen privatwirtschaftlichen Interessen entzogen und unter den Einfluß der Allgemeinheit gestellt wird, aus denen die für die Allgemeinheit bestimmte Elektrizität erzeugt werden soll. Denn das R. W. E. ist kein Privatunternehmen, sondern gehört zur Klasse der sogenannten gemeinwirtschaftlichen Betriebe, da über die Hälfte seines Aktienkapitals im Besitze der Kommunen, d. h. der Allgemeinheit ist. Diese planmäßige Sozialisierung sticht infolge ihrer praktischen Ausführungsmöglichkeit wohltuend von den planlosen Vorschlägen der Sozialisierungskommission ab.

Angesichts dieser Sachlage berührt es eigenartig, daß die „Frankfurter Zeitung" das Projekt scharf angreift; während sie im politischen Teil vor einigen Tagen noch einen Artikel brachte, der die Vorschläge der Sozialisierungskommission durchaus begrüßte, wandte sie sich in ihrem handelspolitischen Teil kurz darauf ganz auffällig gegen den hier gekennzeichneten Plan. Dieser plötzliche Gesinnungswechsel ist so eigenartig, daß die Vermutung wohl nicht unbegründet ist, daß er nur erfolgte, um gegen den „Frankfurter Zeitung" so verhaßten Hugo Stinnes Stellung nehmen zu können, der zufällig im Aufsichtsrat des R. W. E. sitzt. Rh. D.

Aktiengesellschaften

* 1. **Metallwerke Genthin, G. m. b. H. in Genthin.** Gegenstand des neugegründeten Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Metallerzeugnissen aller Art, insbesondere von Apparaten und Maschinen für die chemische Industrie und Landwirtschaft, sowie die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Geschäftsführer sind die Kaufleute Jakob Michael in Berlin, Julius Philipp in Wilmersdorf und Ferdinand Alexander in Schöneberg.

* 1. **Mineralfarbwerke Genthin, G. m. b. H. in Genthin.** Unter dieser Firma ist ein Unternehmen gegründet, das sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Mineralfarben befaßt. Geschäftsführer ist Apotheker Wilhelm Grote in Genthin.

Handel, Industrie, Handwerk

Gegen die Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg 1921. Für eine im nächsten Jahr in Magdeburg bevorstehende „Mitteldeutsche Ausstellung für Siedlung, soziale Fürsorge und Arbeit" wird zurzeit mit dem ausdrücklichen Hinweise geworben, daß dieser Plan in allen Kreisen des politischen und wirtschaftlichen Lebens lebhaften Widerhall gefunden hätte. Demgegenüber weist das Ausstellungs- und Messe-Amt der Deutschen Industrie darauf hin, daß die in diesem vertretenen weiten Kreise der Industrie der Ausdehnung des ursprünglich im kleinen Rahmen gedachten Ausstellungsplanes zu dem gegenwärtigen Programm nicht zugestimmt haben. Gemäß einem jüngst einstimmig erfolgten Vorstandsbeschluß des Ausstellungs- und Messe-Amtes ist die Ausstellungsleitung aufgefordert worden, von ihren weitgehenden Plänen Abstand zu nehmen, da es gegenwärtig nicht verantwortet werden kann, für derartige Ausstellungszwecke in großem Umfange Arbeitskräfte und Rohstoffe festzulegen. Die Ausstellungsleitung hat hierauf eine befriedigende Antwort nicht erteilt. Das Ausstellungs- und Messe-Amt der deutschen Industrie sieht sich daher genötigt, der gesamten Industrie von der Beteiligung an der im jetzigen Ausmaße als überflüssig erachteten Ausstellung abzuraten.

Eröffnung der Prager Messe. Im Industriepalast wurde die Prager Mustermesse eröffnet. Der Bürgermeister der Stadt Prag, Dr. Baxa, sowie Ministerpräsident Tusar und der englische Gesandte Sir George Clark hielten Ansprachen. Anwesend waren u. a. mehrere tschecho-slowakische Minister, der deutsche Gesandte Professor Sänger, der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz, Vertreter anderer auswärtiger Staaten, die Militär- und Zivilbehörden, sowie Vertreter mehrerer Handelskammern, Vertreter der Breslauer Messegesellschaft, der Vertreter des Deutschen Ueberseedienstes in München, Prof. Dr. Weiß. Der sächsische Minister Schwarz wurde am Wilsonbahnhof im Namen der Messedirektion von dem Vorstehenden des Ausfuhrvereins „Votruba", begrüßt, welches den gegenseitigen Wunsch der Handelstreife zu lebhaften Handelsbeziehungen mit dem benachbarten Sachsen betonte. Minister Schwarz erwiderte, er sei sehr gern dem Wunsche der Messedirektion gemäß nach Prag gekommen, um sich von der Reife der Industrie und des Handels in der Tschechoslowakei zu überzeugen und verspreche feinerseits die wertvollste Unterstützung [illegible] gegenseitigen Beziehungen.

Zuckerrübenuntersuchungen. Nach den vom statistischen Büro von F. O. Licht vorgenommenen Wägungen und Untersuchungen von Zuckerrüben ergibt sich ein Durchschnittsgewicht der Rüben mit Blätter von 824,1 g gegen 664,7 g zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Das Durchschnittsgewicht der Rüben ohne Blätter wurde auf 418,2 gegen 298,6 g und der Zuckergehalt auf 15,88 Proz. gegen 17,11 Proz. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres festgestellt.

Die Zuckererzeugung Belgiens wird für das neue Betriebsjahr 1920/21 auf rund 8,2 Millionen Zentner geschätzt. Das würde gegenüber der Erzeugung in den drei vorangegangenen Betriebsjahren ein Mehr von 0,85 bzw. 1,96 und 0,62 Millionen Zentner ergeben.

Die Erzeugung von Rübenzucker in Frankreich wird für neue Betriebsjahr 1920/21 auf rund 5 Millionen Zentner geschätzt, was gegenüber der Erzeugung in der drei vorangegangenen Betriebsjahren einer Erhöhung um 2,11 bzw. 2,80 und 1 Million Zentner gleichkommen würde.

Mißernte in Sowjetrußland. Aus Helsingfors wird uns drahtlich gemeldet: Den im Volkskommissariat für Volksernährung eingelaufenen Berichten zufolge, ist Sowjetrußland in diesem Jahr von einer Mißernte betroffen. Selbst in den Gouvernements, die sonst ganz Rußland mit Getreide versahen, wird die Ernte nicht ausreichen, um die Bevölkerung das ganze Jahr hindurch zu ernähren. Sie wird im besten Falle für fünf bis sieben Monate reichen. In einzelnen Gouvernements hat man nicht einmal die Saat erhalten. Infolge Transportelends kann das Getreide aus Gegenden, wo ein Ueberschuß vorhanden ist, wie Sibirien und Nordkaukasus, nicht herangeschafft werden. Es wurde beschlossen, eine Ernährungsfront zu bilden und in Gouvernementsstädten Organe zu schaffen, die die herannahende Hungersnot bekämpfen sollen.

* **Elektrolytkupfer** (Notierung b. Ver. f. d. bt. Elektr. Notiz) 2904 Mark.

*

* **Zum Reichsnotopfer.** In letzter Stunde werden die „Grundsätze für die Wertermittlung nach dem Reichsnotopfergesetz" soeben im „Zentralblatt für das Deutsche Reich", Nr. 52, veröffentlicht. Die Nummer ist für 65 Pfg. postfrei von der Expedition, Berlin W. 8, zu beziehen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. In zunehmendem Maße steht die Börse unter dem Eindruck der infolge der Entwertung der Mark eintretenden anhaltenden sprunghaften Erhöhung der ausländischen Devisenpreise. Diese unerfreulichen Zustände dienen der Spekulation zur Begründung der anhaltenden Kurssteigerung in zu schwankenden und zu Einheitskursen gehandelten Papieren. Daneben setzen sich auch die Aufkäufe in den bekannten führenden Montanwerten fort. Neben diesen erfreuten sich heute auch Valutawerte steigender Beachtung. Das Geschäft war größer als gestern. Am Montanmarkt erzielten bei starken Umsätzen Bochumer Gußstahl, Rheinstahl, Nordbacher, Mannesmann und Phönix weitere starke Kurssteigerungen. Von Valutapapieren haben sich besonders Deutsch-Ueberseer und Mexikaner äußerst stark im Kurse. Auf den übrigen Märkten hielt sich die Kurssteigerung in engen Grenzen und ging nur bei Goldschmidt, Höchster Farben, Oberschlesische Koks und Aschersleben Kali-Aktien über 10 Prozent hinaus. In den zu Einheitskursen gehandelten Industriepapieren wurden weitere erhebliche Kurssteigerungen erzielt.

Produktenbericht. Infolge der neuerlichen sprunghaften Erhöhung der Devisenpreise stellten sich im freien Produktenverkehr die ausländischen Forderungen für Mais höher, die Preiserhöhung für den Markt tritt jedoch nur gemildert in Erscheinung. Das Gleiche gilt von Reis. Für Hülsenfrüchte und alle Futterstoffe behaupten sich die hohen Preise und teilweise mußten noch höhere bezahlt werden. Die Umsätze waren heute nicht besonders lebhaft.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine V-IX	73.25
5% Deutsche Reichsanl.	79.50
4 „ „	68.50
3½ „ „	19.30
3 „ „	62.50
4 Preuss. Konsols	71.40
3½ „ „	57.10
3 „ „	53.—
4 Chart. Stadtanl. 89/96	91.50
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	170.25
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	89.75
3 „ „ „	76.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96.70
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97.50
4½ Dessauer Gas-Oblig.	100.—
4 „ „	91.—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	25.50
4 Ungar. Gold-Rente	54.25
4 Ungar. Kronen-Rente	27.25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	76.75
Halle-Leipzigerbahn	63.50
Schantungbahn	665.—
Allg. Lokal-Str.	100.25
Gr. Berl. Str.	—.—
Magdeburger Str.-B.	147.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	187.—
Hambg.-Südamerika	243.25
Hansa-Dampfschiff	259.50
Nordd. Lloyd	183.50
Banken:	
Bank für Thür.	160.—
Berl. Handelsges.	218.—
Comm u. Diskontobank	169.—
Darmstädter Bank	141.—
Dess. Landesbank	127.—
Deutsche Bank	274.—
Diskonto-Comm.	207.—
Dresdner Bank	178.—
Credit-Anst. Leipzig	154.75
Mitteld. Kredit-ank	144.50
„ Privat-Bank	163.—
Nationalbank	192.50
Oesterr. Kredit	93.50
Reichsbank	147.25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	254.—
Akt. f. Anilin	403.—
Allgem. Elektr.-Ges.	286.50
Amendorfer Papier!	669.75
Anhalter Kohlenw.	295.—
Annaburger Steingut	410.—
Bindfaden Anilin	477.50
Bergmann-Elekt.-Akt.	221.—
Ber. Masch.-Bau	299.75
Ind. Gerchheimer	—.—
Bochumer Gußstahl	750.—
Chem. Fabrik Buckau	449.½
Chem. Freshenius	331.75
Chem. v. Heyden	265.—
Consolidation Schalke	685.—
Cröllwitzer Papierfabr.	288.—
Daimler-Motoren	29.75
Deutsch-Luxemburg	330.—
Deutsch Treshand-Ges	1055.—
Deutsche Delmi	181.0
Deutsche Gasglühl.	480.0
Deutsche Kali	425.—
Deutsche Waff. u. Mun.	409.—
Donnersmarckhütte	446.50
Döring u. Lehrmann	174.50
Dürkoppwerke	580.—
Elberfelder Farben	404.—
Engelhard Brauerei	241.—
Felten u. Guilleaume	—.—
Gasmotoren Deutz	218.—
Gebhardt u. Co.	—.—
Gebhardt u. König	239.—
Gelsenkirch. Bergb.	438.—
Glanziger Zuckerfbr.	474.50
Hallesche Masch.-Fabr.	524.—
Hann. Masch.	46.0
Harpener Berg	383.—
Hasper Eisen	620.—
Hirsch Kupfer	324.—
Höchster Farbw.	372.—
Hosch Eisen u. Stahl	435.—
Hohenlohe-Werke	214.—
Humboldt-Masch.	216.—
Ilse-Bergbau	419.—
Kahla-Porzellan	440.—
Kalw. Aschersleben	463.75
Körbisd. Zucker-Akt.	168.—
Kyffhäuserhütte	2.9.—
Lahmeyer u. Co.	190.25
Lauchhammer	453.—
Laurahütte	335.—
Lingel. Erfurt	—.—
Linke u. Hofmann	424.75
Ludwig Loewe u. Co.	350.—
Lothringer Hütte	345.—
Mannesmannröhren	470.—
Maschinenfabr. Buckau	9.1.—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	290.—
do. Caro Heg.	262.—
do. Kokswerke	430.—
Orenstein u. Koppel	2.1.50
Phönix-Bergb.	521.—
Rhein. Metall-Vorz.	379.—
Rhein. Stahlwerke	458.—
Riebeck. Montan	356.25
Rombacher Hütten	349.—
Rositzer Braunk.	390.—
Rositzer Zucker	226.50
Sangerhäuser Masch.	470.—
Hugo Schneider u. Co.	290.—
Schuckert u. Co.	159.½
Siemens u. Halske	229.—
Stettiner Chamotte	242.—
Stettiner Vulkan	245.50
Stollberger Zinkh.	252.—
Strals. Spielkarten	370.—
„Terra", Samen-A.-G.	375.—
Thale-Eisenhütte	711.—
Tritzler-Akt.-Ges.	285.—
Türkische Tabakregie	945.—
Ver. Köln-Rottweiler	321.—
Glanzstoff Elberf.	9.0.—
Wegelin u. Hübner	2.0.—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Westeregeln-Alkali	880.—
Wittener Gußstahl	—.—
Wrede-Mälzerei	124.75
Zeitzer Masch.	315.—
Zellstoff Waldhof	412.—
Otavi-Minen	848.—

Tendenz: fest.

Devisen-Notierungen Berlin, 14. September:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	1848.15	1851.85	New-York	59.44	59.56
Brüss.-Antwerp.	409.60	410.40	Paris	264.60	265.40
Christiania	839.15	810.85	Schweiz	949.85	950.95
Kopenhagen	811.65	813.35	Spanien	549.15	550.85
Stockholm	1208.80	1211.20	Wien (altes)	24.97	25.03
Helsingfors	180.80	181.20	Oesterr. abgest.	26.84½	26.90½
Italien	243.75	244.25	Prag	82.40	82.60
London	206.80	207.20	Budapest	19.98	20.02

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 14. Septbr. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99⁶⁰%	1725/1775	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht oder Drahtwaren)	3100/3150
Original-Hütten-Weichblei	680—700	Zinn (Banca-Straits-Billiton)	5600/5700
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	830/850	Hüttenzinn (mind. 99%)	4100/4150
Remelted-Platten-Zink	580/590	Reinnickel (98-99%)	9250/9350
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	4900/5000	Antimon (Regulus)	1500/1600
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1510/1610

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	14. Sept.	13. Sept.
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	280—300	250—300
„ kleine	160—230	170—220
Futtererbsen	155—170	155—170
Linsen	440—470	440—470
Peluschken	130—145	130—145
Ackerbohnen	135—155	135—155
Wicken	105—135	105—135
Lupinen	50—80	50—70
Seradella, alte	70—85	70—85
„ neue	95—110	95—110
Vicia villosa	410—450	410—450
Raps	—	340—345
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	330—350	330—350
Mohn	420—480	420—480
Dotter	225—250	225—250
Senfsaat	160—175	160—175
Hirse, inländische	130—180	130—190
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	75—78	75—78
Torfmelasse	64—68	64—67
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	24—26	24—26
Kleeheu	32—35	33—35
Stroh, drahtgepreßt	14—15	14—15
„ gebündelt	12—13½	12—13½
Mais, loko ab Hamburg	—	166—167
„ Oktober	166	160—161

Reis per 1 kg Brasil-Vollreis Sept. —.—, Okt. —.—.
Burmareis 14 tägig —.—, Okt. —.— frei Kaiwaggon Hamburg.

„H. Z." Sportberichte

Rennen zu Hannover

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.".

1. Preis von Steuerndieb. 1. Harmonie (Konrad), 2 Frischingsfee, 3 Narew. Tot.: 31, 13, 35. Ferner lief Wellenschaum. — 2. **September-Rennen.** 1. Knuspercher (Mellenberger), 2. Ballon, 3. Dalaj Lama. Tot.: 20, 12, 12. Ferner liefen: Maurepas, Capitalist. — 3. **Ausgleich der Dreijährigen.** 1. Marc Anton (Wegener), 2. Bimbam, 3. Szerwuja. Tot.: 45, 18, 13. Ferner liefen: Leonore, Mein Leopold. — 4. **Ausgleich der Zweijährigen.** 1. Combattant (Daneck), 2. Wasliff, 3. Lufa. Tot.: 12, 12, 19. Ferner lief Hradschin. — 5. **Harlekin-Ausgleich.** 1. Bogarwo (Korb), 2. Herzenier. Tot.: 17. — 6. **Soltauer Jagdrennen.** 1. Feuerbach (Gemsch), 2 Rosenmadi, 3. Radom. Tot.: 32, 12, 10. Ferner liefen: Odin, Marjel. — 7. **Preis von der Wasserkunst.** 1. Rondo (Gleuler), 2. Augustenburg, 3. Hexenmeister. Tot.: 32, 12, 10. Ferner liefen: Margit, Waldrun, Champagne. — 8. **Preis von Bella Vista.** 1. Majoratsherr (Rupprecht), 2. Toska II, 3. Jschuse. Tot.: 19, 10, 10. Ferner lief Wolfgang.

— **Sperrung der Peißnitzspielwiese.** Mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden Turn- und Sportfest der Volks- und Mittelschulen wird der Spielbetrieb auf der Peißnitzspielwiese für die Vereine am Freitag und Sonnabend dieser Woche gesperrt.

— **Rütt in Zürich geschlagen.** Das mit Spannung erwartete Zusammentreffen des deutschen Weltmeisters Walter Rütt mit dem schweizerischen Meisterfahrer Ernst Kaufmann, das am Sonntag in Zürich stattfand, hat mit einer knappen Niederlage des Deutschen geendet. Außer den beiden Meistern nahmen noch der Ludwigshafener Otto Meyer und der Schweizer Sieger an dem deutsch-schweizerischen Fliegerkampf teil. Rütt, der gerade an diesem Tage sein 37. Lebensjahr vollendete, hat eine ehrenvolle Niederlage durch den Zweiten aus der diesjährigen Weltmeisterschaft erlitten, und man kann seinen weiteren Starts gegen internationale Klasse mit Vertrauen entgegensehen.

— **Rennausschreibungen und Rennungen.** Deutsches Derby und Deutscher Stutenpreis gelangen jetzt in der gleichen Fassung, wie sie in diesem Jahre gelaufen wurden, für 1922 durch den Hamburger Rennklub zur Ausschreibung. Die Preise des Derbys betragen wiederum 200 000 M. und die des Stuten-Preises 50 000 M. Nennungsschluß für beide Rennen ist am 25. September. — Der Preis des Winterfavoriten, das in diesem Jahre auf 75 000 M. erhöhte Hauptereignis der Kölner Rennen am 17. Oktober erhielt 44 Unterschriften. Zahlenmäßig am stärksten vertreten in der 1400-Meter-Prüfung ist Frhr. S. A. v. Oppenheim mit acht Nennungen vor dem Hauptgestüt Gradiz und dem Stall Weinberg mit je sechs. Unnötig zu sagen, daß das Beste des Jahrganges vertreten ist. — Der Hammonia-Preis, die über 1600 Meter führende, mit 100 000 M. an Preisen ausgestattete Hauptnummer der Hamburg-Großborsteler Herbstveranstaltung vereint nach der letzten Einsatzzahlung noch 28 von 63 genannten Bewerbern. Ausgeschieden sind u. a. Alamund, Trumpf, Meinhard, Wächter, Dunst, Königin der Nacht und Orne. — Frankfurter Goldpokal und Oktober-Preis für Zweijährige, die beiden klassischen Hauptprüfungen am 9. und 10. Oktober in Frankfurt (Main) sehen nach der letzten Einsatz-Zahlung noch 26 bzw. 86 Pferde im Rennen. — Nennungen für Halle. Die dreitägige Herbstveranstaltung in Halle (Saale) am 24. und 26. September sowie 3. Oktober verspricht, nach dem Nennungsschluß zu urteilen, sehr guten Sport. Insgesamt wurden 740 Unterschriften, also der gute Durchschnitt von 85 Nennungen pro Rennen, abgegeben. Von den beiden mit je 30 000 M. ausgestatteten Hauptereignissen ist der Preis von Halle mit 15 Meldungen schwach, dagegen der Preis von Thüringen für Zweijährige mit 39 Vertretern des jüngsten Jahrganges sehr gut besetzt. — Die vier großen Ausgleichs-Rennen in Magdeburg am 2. und 3. Oktober haben ein sehr gutes Nennungsergebnis zu verzeichnen. Es erhielten im einzelnen Graf Holck-Erinnerungs-Jagd-Rennen 43, Grafes Magdeburger Herbst-Flachrennen 34, Dr. F. Riefe-Erinnerungs-Jagd-Rennen 25 und Grafes Magdeburger Herbst-Jagd-Rennen 36 Unterschriften. — Der Dresdner Rennverein gibt die Ausschreibungen für seine beiden Renntage am 9. und 10. Oktober bekannt. Das Programm ist ausschließlich dem Flachsport gewidmet und sieht insgesamt 612 000 M. an Preisen für 3 Rennen vor. Kein Rennen steht im Werte unter 20 000 M.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten: Hans Helling; für Volkswirtschaft, Handel und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil i. A.: Hans Helling. Für den Anzeigenteil: Paul Karsten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192009151-18/fragment/page=0004